

## Protokoll

### Stadtrat von Thun

Sitzung 11/2025 vom 19. Dezember 2025, 16:15 Uhr, Rathaus, Thun

---

#### Stadtrat

Vorsitz: Stadtratspräsident Thomas Lanz (Grüne)

SVP:

Peter Aegerter, Mathias Berger, Thomas Bieri, Valentin Borter, Philipp Deriaz, Sonja Graf, Christoph Lauener, Leonardo Schlatter

Grüne:

Anja Dolder-Gerhardy, Thomas Hiltbold, Iris Lauper, Michelle Marbach, Noëmi Porfido, Malenka Schmutz, Cloe Weber

SP:

Martin Allemann, Adrian Christen, Manon Jaccard, Alice Kropf, Marianna Oesch Bartlome, Franz Schori, Nina Siegenthaler

Die Mitte:

Müller Lara, Alois Studerus, Angelika Zimmermann

FDP:

Reto Beutler, Claude Schlapbach, Markus van Wijk

glp:

Nicolas Glauser, Michael McGarty, Vanessa Meier

Parteilos:

Marc Fritschi

EDU:

Franziska Eggenberg, Mirjam Waber

EVP:

Simon Badertscher, Jonas Baumann-Fuchs

**Anwesend  
zu Beginn**

**37**

<b>Gemeinderat</b>	Vizestadtpräsidentin Katharina Ali-Oesch (SP) Gemeinderat Reto Schertenleib (SVP) Gemeinderätin Eveline Salzmänn (SVP) Gemeinderätin Andrea de Meuron (Grüne)
<b>Ferner</b>	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
<b>Stadtratssekretär</b>	Christoph Stalder
<b>Protokollantin</b>	Judith Lüdi
<b>entschuldigt</b>	Stadträte Alex Reymondin (SVP), Sandro Badertscher (Parteilos) und Matthias Zellweger (Parteilos)
<b>Schluss der Sitzung</b>	19:00 Uhr

---

**Der Stadtratspräsident** begrüsst zur letzten Stadtratssitzung von diesem Jahr. Er bekundet den Abschied von Peter Siegenthaler, der im Alter von 63 Jahren an einer chronischen Krankheit verstorben ist. Peter Siegenthaler war insgesamt elf Jahre im Grossrat und 16 Jahre im Gemeinderat tätig, davor war er Mitglied des Stadtrats. Er hat die Politik in der Stadt massgebend geprägt. Peter Siegenthaler war kein Politiker der stillen Worte. Er hat die Sache gerne beim Namen genannt. Thun verliert mit ihm eine charismatische und eigenständige Persönlichkeit, die mit ihrem rhetorischen Talent und einem unverkennbaren Humor Spuren hinterlassen hat. Das Mitgefühl gilt seiner Familie und den Angehörigen.

**Der Rat** erhebt sich für eine Schweigeminute.

**Der Rat** genehmigt die Traktandenliste stillschweigend.

## 124. Protokoll

### Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 20. November 2025

**Der Rat** genehmigt das Protokoll vom 20. November 2025 stillschweigend.

## 125. Motion M 01/2025 betreffend Revision des Parkplatzbewirtschaftungsreglements

### Einsetzung einer Spezialkommission

Markus van Wijk, **SAKO P+StE**, wünscht dem Stadtratspräsidenten eine gute letzte Runde und lobt ihn für seine Tätigkeit in dieser Funktion. Sie mussten sich mit diesem Geschäft auseinandersetzen, weil die zuständige SAKO Si+So keine Sitzung durchgeführt hatte. Das Geschäft haben sie mit überschaubarem Enthusiasmus behandelt. Sie fragten sich bezüglich quantitativer Belastung einer Spezialkommission und deren Sinnhaftigkeit. Es käme bestimmt zu vier bis fünf Sitzungen. Einige Stimmen haben das Gefühl, der Gemeinderat nehme seine Verantwortung in der Sache nicht wahr. Andere sehen den Einsatz einer Spezialkommission als Chance, um als Rat frühzeitig Einfluss nehmen zu können. Es war durchaus spürbar, dass nicht alle in der Kommission mit einer Anpassung des Reglements einverstanden waren. Sie haben zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat die Zusammensetzung einer Spezialkommission als für den Stadtrat repräsentativ erachtet. Die Abstimmung ergab 3 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme und 4 Enthaltungen.

Markus van Wijk, **FDP/Die Mitte**, äussert, dass sie die Gründung einer Spezialkommission nach einer kurzen Diskussion eher lustlos unterstützen. Sie erwarten von dieser Spezialkommission eine nüchterne, ideologiefreie und breite Auslegeordnung und den Vorschlag einer sinnvollen und umsetzbaren Anpassung des Reglements. Sie nehmen den Antrag mehrheitlich an.

Jonas Baumann, **GLP/EVP/EDU**, findet es eine schöne Mehrheit, wenn 23 zu 15 Stadtratsstimmen eine Überarbeitung wünschen. Sie haben sich lange zum Vorgehen, nicht aber zum Inhalt, unterhalten. Auch sie stellen sich die Frage, ob die Schaffung einer Spezialkommission sinnvoll ist, wenn ohnehin einige Parteien keine Motivation für eine Anpassung finden. Eine Mehrheit wünscht eine Anpassung, auch wenn diese Mehrheit nicht in aller Sache gleicher Meinung sein wird. Sie werden mit der Idee dieser Spezialkommission nicht warm. Die Motion gibt die Stossrichtung vor. Vom Gemeinderat erwarten sie Vorschläge im Sinne einer Auslegeordnung. Dabei ginge es darum zu schauen, was andere Städte machen, wo man selber steht und was es für Möglichkeiten gibt. Es braucht eine Abwägung von Chancen und Risiken. Sie finden, diese Arbeit müsste durch Fachleute geleistet werden, die mehr von der Materie verstehen, als die Ratsmitglieder. Er weiss, dass es zu Änderungsanträgen kommen wird, weist aber darauf hin, dass dies zu jedem politischen Prozess dazugehört. Eine erste Auslegeordnung könnte in einer SAKO erfolgen. Es könnten Fragen diskutiert und die Stossrichtung abgeglichen werden. Dies würde dazu führen, dass dem Stadtrat ein schon etwas ausgereifterer Vorschlag unterbreitet werden kann.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, weist darauf hin, dass sich in der letzten Sitzung weder eine Motionärin noch ein Motionär gegen einen allfälligen Einsatz einer Spezialkommission ausgesprochen hat. Der Gemeinderat hat dem Stadtrat den Ball zugespielt. Der Rat erhält die Chance, seine Ideen direkt einzubringen. Das heisst auch, dass der Stadtrat selber mitdenken und Ideen einbringen muss. Er versteht, dass nicht alle von der Idee begeistert sind. Mit dem Vorgehen haben aber auch jene, die das Reglement so beibehalten wollen, die Chance, bei einer Ausarbeitung mitzuarbeiten. Das Vorgehen entspricht seinem Verständnis von Demokratie. Es wird einen Kompromiss geben. Das heisst, dass am Schluss niemand glücklich, aber alle zufrieden sein werden. Er plädiert dafür, die Gestaltungsmöglichkeiten wahrzunehmen. Sie werden dem Antrag einstimmig Folge leisten.

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne**, haben sich mit dem Antrag schwergetan. Sie sehen die Chance, sich einbringen und nochmals auf den Punkt bringen zu können, was sie möchten und in der Debatte geäussert haben. Persönlich ist sie der Auffassung, dass die Voten relativ klar waren. So sind auch dem Protokoll bei den bejahenden Stimmen kaum widersprüchliche Aussagen zu entnehmen. Sie findet ebenfalls, dass jetzt Fachleute zum Zuge kommen müssten. In der Spezialkommission werden Leute mitreden, die das Parkplatzbewirtschaftungsreglement nicht im Detail kennen. Sie werden den Antrag annehmen. Sie wären froh, wenn der Spezialkommission eine fachlich kundige Person zur Seite stehen würde. Auch sie will keine ideologische Diskussion. Es geht darum, die Prozesse anzupassen und zu überlegen, wie diese zukünftig besser gestaltet werden können.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, lobt vorab den Stadtratspräsidenten für seine Arbeit in dieser Amtszeit. Sie werden den Antrag für den Einsatz einer Spezialkommission ablehnen. Sie sind mit der aktuellen Regelung grundsätzlich zufrieden. Er betont, dass an den Tarifen nichts verändert werden soll, schon gar nicht nach oben. Sollte es eine Spezialkommission geben, so werden sie ihre politische Verantwortung wahrnehmen und zwei SVP-Sitze kompetent belegen. Ihr Ziel wird es jedoch sein, die heutigen Tarife beibehalten oder gar senken zu können.

**Der Stadtpräsident** betont, dass die Voten zeigen, mit welcher Problematik der Gemeinderat zu kämpfen hat. In der letzten Sitzung wurde die Motion mit einer deutlichen Mehrheit überwiesen. Der Gemeinderat hat vorgeschlagen, das Anliegen als Postulat zu überweisen. Er hat gezeigt, wo sie Anpassungsbedarf sehen und in welche Richtung sie gehen würden. Der Rat sprach sich für eine andere Richtung aus. Jetzt äussert Motionärin Michelle Marbach, eine deutliche Mehrheit wäre sich in dem, was man wolle, einig gewesen. Stadtrat Jonas Baumann hingegen findet, dass eine Mehrheit nicht einig war.

**Jonas Baumann**, EVP, betont, dass diese Aussage nicht stimmt. Er liest seine Aussage nochmals vor. Diese besagt, dass die Gruppe der Mehrheit womöglich nicht in allen Punkten die gleiche Meinung hat.

**Der Stadtpräsident** will darlegen, was das Problem ist. Die einen meinen, man ist sich mehrheitlich einig, die anderen finden, man ist sich nicht einig. Der Gemeinderat hat den Einsatz einer Spezialkommission vorgeschlagen, weil diese im Vergleich zur SAKO politisch nach Fraktionsstärken zusammengesetzt ist. Sie wäre also für die Ratszusammensetzung repräsentativ. Er versteht, dass die Gegner keine Spezialkommission wünschen, da sie kein Bedürfnis für eine Änderung haben. Er versteht aber nicht, dass die Befürworter gegen den Einsatz einer Spezialkommission sind. Er überlegt, ob dem Ganzen ein Missverständnis zugrunde liegt. Es geht nicht darum, dass die Mitglieder der Spezialkommission einen Reglementsentwurf vorlegen müssen. Das wird die Verwaltung übernehmen. Es geht darum, eine vorberatende Kommission zu haben, die das Mehrheitsverhältnis des Stadtrats abbildet. Sie wollen sichergehen, dem Rat nicht etwas Falsches vorzulegen. Sie wollen eine Stossrichtung aufgezeigt bekommen, um einen mehrheitsfähigen Entwurf machen zu können. Er findet die Idee einer Spezialkommission nach wie vor gut und versteht nicht, warum der Stadtrat darauf verzichten will. Ein weiterer Vorteil ist, dass die Fraktionen jene in die Spezialkommission schicken können, die etwas von der Materie verstehen oder sich dafür interessieren. Er ist überrascht, dass die vorgeschlagene Lösung so umstritten ist. Bei einer Ablehnung wird die Motion umgesetzt. Dann werden sie interpretieren müssen, was mit der Motion genau gemeint ist. Er bittet um Zustimmung.

**Der Rat** genehmigt mit 19 : 18 Stimmen folgenden:

### **Stadtratsbeschluss**

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 21 ff. des Geschäftsreglements des Stadtrates von Thun und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 5. Dezember 2025, beschliesst:

1. Für die Behandlung der Motion M 01/2025 wird eine Spezialkommission mit neun Mitgliedern eingesetzt.
2. Die Fraktionen werden eingeladen, dem Stadtratssekretariat bis am Mittwoch, 7. Januar 2026, Vorschläge für Kommissionsmitglieder und Kommissionspräsidium einzureichen.
3. Das Sekretariat der Spezialkommission wird durch die Abteilung Sicherheit geführt.

## **126. Wahlkommission**

### **Wahl von Patrick Kai Wittwer (GLP) anstelle des zurücktretenden Michael Jost (GLP)**

**Der Stadtratspräsident** dankt Michael Jost für die geleistete Arbeit.

Es werden keine weiteren Wahlvorschläge eingereicht.

**Der Rat** genehmigt stillschweigend folgenden:

### **Stadtratsbeschluss**

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 litera c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 19. November 2025, beschliesst:

1. Von der Demission von Michael Jost per 31. Dezember 2025 wird Kenntnis genommen. Die in diesem Amt geleisteten Dienste werden bestens verdankt.
2. Als Ersatz für Michael Jost wird Patrick Kai Wittwer, geb. 2001, von Trub (BE), Pflegefachmann, wohnhaft Stationsstrasse 32, 3645 Gwatt, als Mitglied in die Wahlkommission gewählt, und zwar ab 1. Januar 2026 und für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2026 endenden Amtsdauer.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

## **127. Reglement über die Spezialfinanzierung Förderprogramm Energieeffizienz**

### **Genehmigung des Reglements**

**Gemeinderätin Andrea de Meuron** erlaubt sich einige Worte zu dem, was ihr am Morgen beim Zeitunglesen durch den Kopf ging. Man liest über an Bedingungen geknüpfte USA-Zölle, über den Ukraine-Krieg und Menschen, die dort im dritten Winter sind, kalt haben und im Dunkeln sitzen. Das alles macht betreffen und löst ein Gefühl von Machtlosigkeit und Angst aus. Und genau das prägt die Schlagzeilen. Bei dem Förderprogramm Energieeffizienz geht es um den Klimawandel. Dieser macht keine Pause, nur weil die Schlagzeilen anders geprägt sind. Hat man sich mit der UN-Klimakonferenz vertieft, so weiss man, dass die aktuellen Klimaszenarien auch eine Sprache sprechen. Aktuell ist es zwar kalt, in der Schweiz beträgt die Klimaerwärmung jedoch plus 2,9 Grad. Vor diesem Hintergrund muss man sich auch die Sorgen der Schweizer Bevölkerung vor Augen führen. Der Umfragebarometer zeigt, dass die zweitgrösste Sorge der Schweizer Bevölkerung das Thema Klima und Umwelt betrifft. Die Stark-Niederschläge und die extremen Ereignisse werden weiter zunehmen. Sinken werden der Permafrost und die Schneefallgrenze. Die Unwetterereignisse betreffen nicht nur Indonesien, sondern auch Orte wie Brienz. Auch hat sie selbst in Thun bereits zwei Hochwasser erlebt. Kürzlich hat sie vernommen, dass das grösste Todesereignis wegen Naturereignissen nicht das Unwetter, sondern die Hitze ist. Die Hitze betrifft die älteren Menschen, also irgendwann alle von uns. Sie weist darauf hin, dass weitere Kosten auf die Stadt zukommen werden. Sei es wegen steigender Prämien, steigender Infrastrukturkosten, ganz abgesehen von den Schicksalen. Die Politik hat Beschlüsse gefasst. Das Stimmvolk hat gesagt, dass man bis 2050 klimaneutral werden will.

Auch das kantonale Stimmvolk hat den Klimaschutz in der Verfassung verankert. Der Gemeinderat der Stadt Thun hat mit der Verabschiedung der Klimastrategie das Netto Null Ziel für die Verwaltung 2035 verankert. Es stellt sich die Frage, wie diese Ziele erreicht werden können. Der erste Aktionsplan mit den 16 Massnahmen wurde verabschiedet. Die Weiterentwicklung eines Förderprogramms ist eine dieser Massnahmen. Nämlich die Massnahme N8. Die Umsetzung des Aktionsplans ist eine Legislaturzielmassnahme vom Gemeinderat. Sie erklärt, warum ein solches Förderprogramm so immens wichtig ist. Die Handlungsbereiche der Stadt Thun sind sehr begrenzt. Sie können primär Anreize setzen, aber nur wenig regulieren. Da sind der Kanton und der Bund gefordert. Und deshalb haben solche Programme eine grosse Bedeutung für die Bevölkerung und die Wirtschaft. Alle sind gefordert, wie der Slogan der Kampagne, Klimaschutz ist ein Teamsport, besagt. Es sind alle gefordert, den Weg zu gehen, die Dekarbonisierung vorwärts zu bringen und Massnahmen betreffend Mobilität, Wärme und Energie anzuschauen. Auch das Thema Energieeffizienz gehört dazu. Heizölfeuerungen gibt es im Kanton Bern noch 28'000. In Thun sind es 2'000. Weiter ist der Blick auf die Sanierungsquote spannend. Im Schnitt wird 1 Prozent saniert. Dies im Wissen, dass das Gebäude an sich 40 Prozent des Energieverbrauchs ausmacht und man bei einer Sanierungsquote von 2 oder 3 Prozent liegen müsste. Und genau da setzt das Förderprogramm an und will die nötigen Anreize schaffen. Der genannte politische Wille hat der Stadtrat bei der Verabschiedung vom Reglement zum Ausdruck gebracht. Das Reglement wurde fast einstimmig gutgeheissen. Sie haben dieselbe Finanzierungslösung wie Steffisburg vorgeschlagen. Bei ihnen wurde jedoch eine Beschwerde eingereicht. Der Rest der Geschichte ist bekannt. Der Gemeinderat wollte den Willen der Förderung dennoch wahrnehmen und konnte dank dem Stadtrat eine Übergangsförderung begrenzt auf 3 Mio. Franken installieren. Die Idee dahinter war das Abwarten des Entscheids des Verwaltungsgerichts. Auch das hat der Stadtrat deutlich beschlossen. Nun gibt es wieder eine Motion, die eine Vorlegung des Reglements verlangt. Sie erfüllten diesen Auftrag und schlugen das Reglement mit einer anderen Finanzierungslösung vor. Anstelle einer Koppelung an die Konzessionsabgabe wollen sie die Speisung der Spezialfinanzierung über das Budget machen. Dadurch ergibt sich eine Flexibilität. Man kann schauen, wie viel Geld in der Spezialfinanzierung ist. Der Maximalbetrag des Fonds liegt bei 3 Mio. Franken. Jährlich sind es 700'000 Franken. Sie wollen das Geld nicht horten, sie wollen wirkungsvolle Geschäfte unterstützen. Was sich bewährt hat, haben sie stehen lassen, nämlich die Förderzwecke. Neben dem Artikel zur Finanzierung kam der Artikel der Mitnahmeeffekte hinzu. Sie wollen die Praxis reglementarisch verankern. Eine Förderung soll wirksam sein und Hemmschwellen abbauen. Neue Technologien sind oft sehr teuer und oft wird etwas Notwendiges aus finanziellen Gründen nicht umgesetzt. Sie weist auf die Grundwasserwärmepumpe hin. Die dort notwendigen Bohrungen kosten sehr viel Geld. Mit dem Förderfonds können diese unterstützt werden. So kann vermieden werden, dass nur aus Kostengründen Luftwärmepumpen gewählt werden, die viel weniger effizient sind. Sie regeln die Fördertatbestände auf Verordnungsebene. Sie wollen den technologischen Veränderungen Rechnung tragen. Die Geschichte der Unterlagen zeigt, dass Ökologie und Ökonomie Hand in Hand gehen. Sie haben Gesuche von über 1 Mio. Franken gutgeheissen. Damit verbunden ist eine Wertschöpfung von 6 Mio. Franken. Sie haben ausgewertet, was für Offerten hinter den Gesuchen stehen und welche Firmen davon profitieren. Erfreulicherweise sind es bis auf eine Firma aus Zürich ausschliesslich Firmen aus dem Kanton Bern, zu einem Grossteil sogar aus der Stadt Thun. Gerade bei kleinen Projekten, die bei den kantonalen Programmen durch die Raster gefallen wären, ist das Reglement eine wertvolle Unterstützung. Es war ihnen wichtig, die Wirtschaft miteinzubinden. Wie der Zeitung entnommen werden konnte, ist mit dieser Finanzierungslösung das Kernanliegen von Wirtschaft Thun Oberland, nämlich keine zusätzlichen Abgaben, berücksichtigt. Es freut sie persönlich sehr, mit dem vorliegenden Reglement nicht nur dieser Kritik begegnen zu können, sondern auch ein Reglement mit einer nachhaltigen Finanzierung und Planungsmöglichkeit vorliegen zu haben. Sie freut sich auf die Debatte und ist gespannt, ob am Schluss gesagt werden kann, alle guten Dinge sind drei.

Franz Schori, **SAKO FIRU**, äussert, dass sie sich schon öfters mit dem Förderfonds Energieeffizienz und dessen Finanzierung befasst haben. Die unterschiedlichen Finanzierungsmöglichkeiten wurden aufgezeigt. Damit das Modell gut abgestützt ist, haben sie sich mit der Thuner Wirtschaft ausgetauscht. Das vorliegende Reglement zeigt einen gangbaren Weg. Dieser wird von der Wirtschaft so mitgetragen. Die SAKO findet den jährlich einzulegenden Maximalbetrag von 700'000 Franken in die Spezialfinanzierung gut. So auch die Deckelung der Spezialfinanzierung bei 3 Mio. Franken. Die beiden Beträge sind für sie nachvollziehbar. Sollte sich in einigen Jahren zeigen, dass die 700'000 Franken nicht mehr genügen, so kann das Reglement entsprechend angepasst werden. Aktuell liegt eine schlanke Lösung vor, die

finanztechnisch sinnvoll ist. Die SAKO hat sich einstimmig bei zwei Abwesenheiten für das Reglement ausgesprochen.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, hat in der Fraktion eine ähnliche Diskussion wie die der SAKO geführt. Sie werden dem Reglement ebenfalls zustimmen. Die Lösung mit der Steuerfinanzierung anstelle der Abgabe ist sozialverträglicher und somit besser. Wichtig ist, dass die Fördergelder dort fliessen, wo effektiv Wirkung erzielt werden kann. Es braucht immer wieder Überlegungen dazu, wie auch Mieterinnen und Mieter von dem Förderfonds profitieren können.

Für Malenka Schmutz, **Fraktion Grüne**, ist das Reglement ein zentrales Instrument zur Erreichung der Klimaziele der Stadt und ein wichtiger Schritt auf dem Weg zum Netto-Null Ziel. Das Förderprogramm Energieeffizienz wirkt konkret und anreizorientiert. Es verbindet die ökologische Wirkung mit der regionalen Wertschöpfung. Die Vermeidung der Mitnahmeeffekte ist auch ihnen wichtig. Sie wissen aber, dass dies gerade bei den partiellen Mitnahmeeffekten bei später oder in geringerem Umfang umgesetzten Projekten herausfordernd ist. Die Fachstelle Umwelt Energie Mobilität hat aufzeigen können, dass sie sich dieser Problematik bewusst ist und die Verordnung und Fördertatbestände laufend überprüft und bei Bedarf angepasst werden. Entscheidend ist aus ihrer Sicht, dass die kommunale Förderung ergänzend zu den übergeordneten Programmen wirkt und dort ansetzt, wo es für die Stadt hinsichtlich Netto-Null Klimaziel besonders relevant ist. Bei der vorgesehenen finanziellen Bandbreite der Finanzierung von 0 bis 700'000 gab es gewisse Bedenken. Sie verstehen, dass die Stadt nicht sinnlos Geld horten will, sehen Null Franken als Minimalbetrag jedoch kritisch. Die Regelung ermöglicht es, anders auf Einlagen zu verzichten. Sie bitten den Gemeinderat, die notwendigen Mittel jährlich bereit zu stellen. Beim Maximalbetrag von 700'000 Franken weist sie darauf hin, dass es im Jahr 2025 einen Mittelbedarf von 600'000 Franken gab. Sie fragt sich, ob der Puffer von nur 100'000 Franken genügt, gerade in Anbetracht dessen, dass die Nachfrage zunehmen wird. Neben genügend Einlagen ist es ihnen wichtig, dass das Förderprogramm bei allen relevanten Stakeholdern kommuniziert und für alle einfach auffindbar ist. Sie freuen sich sehr, dass eine tragfähige Lösung vorliegt, die auch von der Wirtschaft mitgetragen wird. Sie werden einstimmig annehmen.

Für Valentin Borter, **SVP-Fraktion**, beweist das vorliegende Geschäft, dass es auch ohne Steuern und Gebühren geht, wenn man nur will oder der Gemeinderat politisch richtig zusammengesetzt ist. Der Gemeinderat schlägt hier eine gute Lösung vor. Sie werden das Reglement unterstützen. Ihre Hauptgründe liegen darin, dass das Reglement Mitnahmeeffekte verhindern will. Es ist nicht die Aufgabe der Steuerzahler, Projekte mitzufinanzieren, die sowieso erstellt werden. Es freut sie, dass der Gemeinderat dies explizit im Reglement erwähnt, auch wenn es nicht zu hundert Prozent verhindert werden kann. Ein weiterer Grund für ihre Zustimmung ist, dass keine neuen Steuern oder Gebühren entstehen und nur soviel wie nötig an Geld zugeführt wird. Es werden also keine Gebühren auf Vorrat erhoben. Zuvor wollte man über den Strom neue Gebühren eintreiben. Dies wäre kontraproduktiv gewesen. Bei einem Wechsel auf eine Wärmepumpe wäre man noch bestraft worden. Er ist froh, dass der Gemeinderat eine gegenüber der Wirtschaft rechtlich zulässige Lösung gefunden hat und wünscht sich, dass die steuerfinanzierten Mittel sinnvoll und ohne Mitnahmeeffekte eingesetzt werden.

Alois Studerus, **Fraktion FDP/Die Mitte**, begrüsst die Lösung ausdrücklich. Das vorangehende Förderprogramm hatte zwei Fehler. Einerseits die Abgabe oder Belastung über den Strom. Weiter kam die Frage auf, warum der Strom belastet wird, der CO2 neutral ist. Auch dieser Fehler wurde ausgemerzt. Das vorliegende Reglement wird von der Wirtschaft mitgetragen. Die Fördertatbestände werden flexibel gehandhabt und können angepasst werden. Ihnen ist es wichtig, dass seit August 2023 von 588 eingereichten Gesuchen 480 bewilligt wurden. Dabei geht es um bewilligte Beiträge von insgesamt 1.38 Mio. Franken mit einer regionalen Wertschöpfung von über 6 Mio. Franken. Sie finden es richtig, dass die Höhe begrenzt wird. Auch finden sie es gut, dass von einem Jahresverbrauch gesprochen wird. Sie stimmen dem Reglement wie auch der Überführung des Restguthabens in die Übergangsförderung einstimmig zu.

Michael McGarty, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, ist glücklich und begrüsst das Reglement in der vorliegenden Form. Sie begrüssen den niederschweligen Zugang über die Website. Auch finden sie es gut, dass die Wirtschaftsverbände regelmässig in die SAKO eingeladen werden. Sie stellen mit Genugtuung fest, dass der Gemeinderat durchaus fähig ist, gute Reglemente auszuarbeiten.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, holt etwas aus und weist darauf hin, dass im Stadtratsreglement verankert ist, dass man sich an das Thema halten soll. Gemeinderätin Andrea De Meuron hat Weltpolitik betrieben. Die Fakten der Gemeinderätin unterstreicht er durchaus. Fakt ist aber auch, dass sie mit all diesen Anstrengungen, wenn überhaupt, nur einen winzig kleinen Beitrag an das Weltklima beitragen werden. Fakt ist auch, dass sie strengere Umweltgesetze haben als die EU. Seit Jahren suchen sie wirtschaftsverträgliche Lösungen, um den CO2-Haushalt minimieren zu können. Weiter betont er, dass die Klimakonferenzen keineswegs klimaneutral durchgeführt wurden. Eine Volkswirtschaft kann nicht klimaneutral sein, sonst müsste man wieder in Höhlen wohnen. Er plädiert dazu, mit der Panikmache aufzuhören. Dies geht einigen auf die Nerven, besonders auch vielen Jungen. Er plädiert dafür, im Stadtrat keine Weltpolitik betreiben zu wollen. Die Leute sollen in dieser schönen Schweiz leben gelassen werden und es soll mit gesundem Menschenverstand zur Umwelt Sorge getragen werden.

**Der Stadtratspräsident** weist darauf hin, dass aufgrund keiner eingegangenen Anträgen auf die Detailberatung verzichtet werden kann.

**Gemeinderätin Andrea de Meuron** dankt für die sehr gute Aufnahme. Sie geht erfreut davon aus, dass der Stadtrat dem Reglement zum dritten Mal zustimmen wird. Sie unterstreicht die Aussage, dass auch Mieterinnen und Mieter von den Ausgaben profitieren sollen. Dies könnte mit sinkenden Nebenkosten oder durch die Unterstützung von E-Stationen der Fall sein. Bezüglich Wärmepumpe und der genannten Bestrafung beim Wechsel auf eine solche weist sie darauf hin, dass man bestenfalls eine PV-Anlage auf dem Dach hat, um den Eigenverbrauch selber decken zu können. Sie versichert, dass der Gemeinderat unabhängig der politischen Zusammensetzung schon im vorangegangenen Reglement etwas Gutes gemacht hatte, das auch in anderen Gemeinden so umgesetzt wird. Sie appelliert auf die Kompetenzen im Stadtrat und dankt umso mehr, dass alle mit der Lösung zufrieden sind und gut zusammengearbeitet wird. Sie dankt für dieses Geschenk an die Bevölkerung und zwar nicht nur jene von Thun, sondern an jene auf der ganzen Welt.

**Der Rat** genehmigt mit 36 : 1 Stimmen folgenden:

#### **Stadtratsbeschluss**

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 38 litera a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 19. November 2025, beschliesst:

1. Genehmigung des Reglements über die Spezialfinanzierung Förderprogramm Energieeffizienz (RSFE).
2. Überführung des Restbestands der Übergangsfiananzierung per 31. Dezember 2026 in die neue Spezialfinanzierung.
3. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
4. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

#### **128. Postulat P 11/2025 betreffend elektronische Abstimmung im Stadtrat zur Schaffung von mehr Transparenz**

**Vanessa Meier (GLP), Fraktion GLP/EVP/EDU, Simon Badertscher (EVP), Fraktion SP, Noëmi Porfido (Grüne), Michelle Marbach (Grüne), Marc Fritschi (Parteilos), Sandro Badertscher (Parteilos) vom 3. Juli 2025**

**Der Stadtpräsident** äussert vorab seinen grossen Respekt vor solch internen Abläufen im Stadtrat. Dies begründet ihre Zurückhaltung bei stadtratsinternen Fragen. Er weist darauf hin, dass es bereits mehrfach geprüft wurde. Es geht nicht nur um technologische, sondern auch um kulturelle Fragen. Eine erneute Prüfung aufgrund der vergangenen Zeit würden sie auch aus Respekt gegenüber dem Stadtrat vornehmen.

Vanessa Meier, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, findet, dass die Antwort des Gemeinderats verständlicherweise eher kurz ausgefallen ist. Die Empfehlung zur Annahme hat sie aber gefreut. Es wurde mehrmals geprüft und beim letzten Versuch 2016 mit 17 zu 22 Stimmen nur knapp abgelehnt. Die damals eingesetzte Spezialkommission hat bereits viel aufgegleist, so dass der Einsatz einer solchen für die erneute Prüfung nicht mehr nötig wäre. Sie erhofft sich von der aktuellen Ratszusammenstellung mehr Offenheit und Flexibilität für diese kleine, aber smarte Veränderung. Sie betont, dass heute über eine Prüfung und nicht schon über die definitive Einführung eines solchen elektronischen Abstimmungssystems abgestimmt wird. Ihr zentrales Anliegen ist es, dass sich die Bevölkerung ein Bild über das Stimmverhalten machen kann. Sie vertritt die Haltung, dass im Saal alle zu ihrer Meinung stehen können, unabhängig davon, ob eine Abstimmung im Saal geheim oder unter Namensnennung erfolgt oder ob sie öffentlich publiziert wird. Sie geht auf einige Punkte ein, die sich in den vergangenen Jahren verändert haben und für ein elektronisches Abstimmungssystem sprechen. Einerseits ist es die Anzahl Abstimmungen. In den Jahren 2015/2016 ging man von jährlich 60 Abstimmungen aus. Im Jahr 2025 gab es ohne die heutige Sitzung zirka 70 Abstimmungen. 2024 waren es sogar 107 Abstimmungen, davon allein 23 in der Julisitzung. Die finanzielle Ausgangslage ist ein weiterer Punkt. Die Stadt Thun steht finanziell gut da. Das Kostenargument ist also kein Killerkriterium mehr. Weiter weist sie darauf hin, dass es in diesem Jahr zwei wirklich kurze Sitzungen von nicht mal einer Stunde gab. Bedenkt man, dass die Sitzungsgelder des Stadtrats von je 2'850 oder 2'500 Franken bei einer längeren Sitzung genau gleich ausgefallen wären. Weiter dazu kommen die Entschädigungen für den Gemeinderat und die anwesenden Mitarbeitenden aus der Verwaltung. Sie schlussfolgert, dass mindestens eine der beiden Sitzungen nicht zwingend notwendig gewesen wäre und die Geschäfte anders hätten aufgeteilt werden können. Die Ausgaben hätten also zugunsten eines solchen elektronischen Abstimmungssystems vermieden oder verringert werden können. Auch ihr ist die Ratskultur wichtig. Es gäbe ihr zu denken, falls das Handmehr der Massstab für die Ratskultur sein sollte. Abstimmungen elektronisch durchzuführen, würde an den Voten oder Debatten nichts ändern. Dieser wichtige Bestandteil der Ratskultur bleibt also unverändert. Systemausfälle oder Fehler beim traditionellen Zählen wird es immer geben. Für den Erhalt der Ratskultur plädiert sie dafür, sich auf den gegenseitigen Umgang und den Inhalt der Voten zu fokussieren. Sie werden einstimmig annehmen.

Noëmi Porfido, **Fraktion Grüne**, weist darauf hin, dass digital diskutiert, recherchiert und kommuniziert wird. Beim Abstimmen ist man in einem analogen Zeitalter. Sie plädiert dafür, hier einen Schritt ins 2025 zu gehen. Das Postulat stärkt ihrer Meinung nach die Transparenz und das Vertrauen in die demokratischen Entscheide. Die Handhabungen sind nicht immer eindeutig. In den letzten Abstimmungen kam es zu einigen Wiederholungen. Dies liesse sich durch ein elektronisches Abstimmungstool vermeiden. Ihnen ist nicht nur die Effizienz wichtig, sondern auch die Nachvollziehbarkeit für die Bevölkerung. Auch wenn die Sitzungen öffentlich sind, ist es für viele womöglich eher hochschwellig, in den Ratssaal zu kommen. Abstimmungsergebnisse sollten einfach einsehbar sein. Sie weist darauf hin, dass das Postulat eine Überprüfung und nicht gleich die Einführung beinhaltet. Eine Überprüfung halten sie für zeitgemäss und sinnvoll. Sie unterstützen die Annahme mehrheitlich.

Claude Schlapbach, **Fraktion FDP/Die Mitte**, äussert als langjähriger erfahrener Stimmenzähler drei Punkte, die gegen den Einsatz eines elektronischen Abstimmungstools sprechen. Bezüglich Verhältnismässigkeit findet er es im Saal durchaus übersichtlich. Er findet es auch nicht schlimm, wenn es zu einer Wiederholung kommen muss. Bei einem elektronischen System müsste alles eingerichtet und nach der Sitzung wieder weggeräumt werden. Ein weiterer Punkt ist, dass bei kurzfristigen Anträgen während der Sitzung das System angepasst werden muss, um über solche abstimmen zu können. Bezüglich Kosten findet er, dass auch etwas Günstiges teuer ist, wenn es nicht wirklich gebraucht wird. Schmunzelnd äussert er, dass auch einfach die Sitzungsgelder der Stimmenzähler erhöht werden könnten. Sie werden den Antrag ablehnen.

Christoph Lauener, **SVP-Fraktion**, nimmt vornweg, dass sie den Antrag ablehnen werden. Er begründet dies damit, dass der Aufwand für die ganze Einrichtung im Saal, der auch anders genutzt wird, gross wäre. Auch müssten die Daten ausgewertet werden. Weiter kommt die Aufbereitung der Daten dazu. Er findet es sympathisch, dass man sich ab und an verzählt und im Rat auch etwas Humor Platz haben darf. Das Handaufheben hat für ihn etwas Schweizerisches. Er weist darauf hin, dass ein Namensaufruf verlangt

werden kann. Wer interessiert ist, soll sich ins Publikum setzen. Er bezweifelt, dass eine Mehrheit der Bevölkerung schauen würde, wer was abgestimmt hat.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, hat vor zehn Jahren die Spezialkommission zu diesem Anliegen präsidieren dürfen. Seit daher ist viel Wasser die Aare hinuntergeflossen. Eine erneute Prüfung ist durchaus legitim. In den letzten Jahren gab es durchaus technische Fortschritte. Er weist darauf hin, dass zu dem neu aufgestellten Lautsprechersystem für die Protokollarbeit auch keine Stimmen laut wurden. Es wurde akzeptiert, ohne Hinterfragen des Aufwands. Er plädiert dafür, die Chance nicht zu verpassen und dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, äussert sich für die Minderheit seiner Fraktion, die früher noch die Mehrheit ausmachte. Er ist eher historisch unterwegs und hat bei sich zuhause noch Protokolle von 2010 liegen, die es online noch gar nicht gibt. Sie haben sich damals geschlossen gegen ein solches System ausgesprochen. Dies vor allem aus ökologischen Gründen. 2016 waren sie immer noch geschlossen dagegen. Damals sprach Andrea De Meuron für die Grünen. Sie hatte ins Feld geführt, dass sie aus finanzpolitischen Gründen und wegen der Ausgabendisziplin dagegen sind. Er beurteilt diese Argumente auch heute noch als nicht gänzlich falsch. Er findet es einen schönen Zufall, dass zuvor über das Förderprogramm Energieeffizienz gesprochen wurde. Er fragt sich, was an einem solchen System energieeffizient sein sollte. Er stellt sich einen grossen Bildschirm vor. Alle werden ein Gerät vor sich liegen haben müssen, auf dem sie den richtigen Knopf drücken müssen. Das alles braucht Strom. Und alles nur deshalb, weil man auf 40 zählen können muss. Er findet dies eine gute Übung, um geistig fit zu bleiben. Ein elektronisches Abstimmungstool findet er übertrieben und nicht verhältnismässig. Das Argument der Transparenz klingt besonders gut. Vor vier Jahren hätte er das wohl auch noch so empfunden. Sollte doch jeder nachlesen können, was ich gesagt habe. Seit vier Jahren ist er im Grossrat tätig. Dort funktioniert das so. Und er weiss, dass es niemanden interessiert, was er wortwörtlich gesagt hat. Er wurde noch nie von jemandem auf eine Aussage oder eine Abstimmung angesprochen. Es ist reine Selbstüberschätzung der Politikerinnen und Politiker. Sein Publikum sind die Leute im Saal. Auch klingt es gut, wenn von Fortschritt in der Technik gesprochen wird. Das mag für die Medizin gelten, nicht aber hier in diesem Fall. Er wird den Vorstoss zum dritten Mal ablehnen.

**Der Stadtratssekretär** klärt auf, dass die neue Lautsprecheranlage keineswegs eingesetzt wurde, um die Protokolle mit KI schreiben zu lassen. Es ging lediglich um eine bessere Audioqualität.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, gibt zurück, dass mit dem Aufstellen dieser Lautsprecher ein gewisser Aufwand verbunden ist. Es wurde nicht diskutiert, ob dieser Aufwand nötig ist oder nicht.

Simon Badertscher, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, findet es schon fast beschämend, dass im Jahr 2025 über so etwas diskutiert werden muss. Es wird alles digitalisiert. Er versteht nicht, warum nicht in diesem Fall. Er fände es schön, wenn einer Prüfung zugestimmt werden könnte. Viele Parlamente kennen bereits eine elektronische Abstimmung. Er weiss, dass es keine grosse Sache ist und auch keine dicken Kabel verlegt werden müssten. Weiter versteht er nicht, warum Handaufheben schweizerisch sein sollte.

**Der Stadtpräsident** ist beinahe versucht, auch noch mitzudiskutieren, lässt es aber bleiben. Nach Rücksprache mit dem Stadtschreiber bekundet er, dass noch nie jemand nachgefragt hat, wer wie abgestimmt hat. Der erste Teil des Prüfauftrags führt er sogleich durch und fragt den Rat, wer alles ein Smartphone dabei habe und damit abstimmen könnte. Das Ergebnis zeigt, dass jemand das Smartphone zu Hause vergessen hat und jemand nicht damit teilnehmen möchte. Er äussert, dass ein Teil der Prüfung sein würde, bereits bestehende Geräte in eine Lösung miteinzubeziehen.

**Der Rat** erklärt das Postulat mit 20 : 17 Stimmen als erheblich.

**129. Interpellation I 16/2025 betreffend Vielfalt im Stadtbild erhalten – Unterstützung für ein buntes Kleingewerbe in der Innenstadt**

**Claude Schlapbach (FDP), Fraktion FDP/Die Mitte vom 3. Juli 2025**

Claude Schlapbach, **Fraktion FDP/Die Mitte**, ist mit der Antwort teilweise befriedigt und wünscht keine Diskussion. Er weist darauf hin, dass viele Massnahmen unternommen wurden, die leider wenig Erfolg zeigen.

**130. Fragestunde F 27/2025 betreffend Unterstützung Ludothek**

**Thomas Bieri (SVP) vom 15. Dezember 2025; Beantwortung**

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet.

**131. Fragestunde F 28/2025 betreffend Gemeinderatswahlen 2026**

**Martin Allemann (SP-Fraktion) vom 16. Dezember 2025; Beantwortung**

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet.

**132. Postulat P 28/2025 betreffend Ampelanlage für den Busverkehr in Goldiwil, ab Hintermatt Hausnummer 15, auf der Strecke bis zum Bereich zur Bushaltestelle Multenegg**

**Sonja Graf (SVP) vom 19.12.2025; Dringlichkeitsbeschluss**

**Sonja Graf (SVP)** begründet die Dringlichkeit mit den noch vorliegenden zwei kalten Monaten. Bei stetem Nebel wäre man froh, durch das sonnige Goldiwil durchfahren zu können.

**Der Stadtpräsident** weist darauf hin, dass selbst bei Annahme der Dringlichkeit in den nächsten zwei Monaten keine Änderung erfolgen würde. Es geht um einen Eingriff in die Verkehrsordnung. Diesen wollen sie seriös prüfen. Er bittet um Ablehnung der Dringlichkeit.

**Sonja Graf (SVP)** zieht die Dringlichkeit zurück.

## **Mitteilungen**

**Der Stadtratspräsident** verweist auf das auf den Pulten aufliegende Gedicht des ehemaligen Chefbademeister Jean-Pierre von Gunten. Dieser hat nach 27 Jahren seinen Abschied als Chefbademeister bekundet. Er dankt Jean-Pierre von Gunten für sein Engagement.

**Alice Kropf (SP)** weist auf die Anmeldung für ihr Fest vom 16. Januar 2026 hin. Sie würde sich freuen, wenn jene, die sich noch nicht angemeldet haben, auch kommen würden.

**Der Stadtratspräsident** weist darauf hin, dass sein Vorgänger, ehemaliger Stadtratspräsident Philipp Deriaz, öfters geäussert hatte, das Jahr sei wie im Flug vergangen. Mit Ausblick auf sein Jahr als Stadtratspräsident hat er diese Aussage eher als Floskel abgetan. Rückblickend kann er hinter dieser Aussage stehen. Er blickt auf vielseitige Anlässe, bereichernde Begegnungen und ein intensives Stadtratsjahr 2025 zurück. Dazu wirft er einen Blick auf die Statistik, bis und mit der November-Sitzung. In 10 Sitzungen wurden insgesamt 67 Vorstösse behandelt. Davon 3 Motionen, 17 Postulate und 20 Interpellationen. Weiter wurden 123 Traktanden beraten und mit heute 4 Reglemente beschlossen. Während man bei den meisten Zahlen unter dem Vorjahreswert liegt, unter Vorbehalt, dass es eine Sitzung weniger gab als im Vorjahr,

so sieht es bei den eingereichten Vorstössen anders aus. Im November waren bereits 80 Vorstösse eingereicht worden. Das Vorjahresniveau von 71 eingereichten Vorstössen war damit schon deutlich übertroffen. Dies vor allem wegen der Anzahl Interpellationen. Das Ganze unterstreicht den ununterbrochenen Gestaltungswillen des Rats. Eine interessante Feststellung war für ihn auch, dass nur in der März-Sitzung alle anwesend waren. Mit einer Sitzungsdauer von rund 2 Stunden und 15 Minuten hat man im Durchschnitt 30 Minuten weniger lange im Ratssaal gesessen als im Vorjahr. Dennoch haben sich die Sitzungen für ihn keineswegs kurzweilig angefühlt.

**Der Stadtratspräsident** übergibt dem Poetry-Slamer Marco "Güsche" Gurtner für einen Jahresrückblick das Wort. Der gebürtige Thuner ist nicht nur zweifacher Poetry Slam Schweizermeister, sondern auch erfolgreicher Podcaster, Musiker und TV-Moderator. Er zählt zu den vielseitigsten Thuner Kulturschaffenden. Auch wenn er primär in Bern, Paris und im Lötschental lebt und arbeitet, ist der Stadtratspräsident froh, dass er heute zurück zu seinen Wurzeln kommt und ihnen einen Besuch abstattet.

Marco "Güsche" Gurtner wird mit einem herzlichen Applaus begrüsst und bietet eine viertelstündige Darbietung, in welcher er auf das Thuner Politjahr zurückblickt.

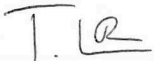
**Der Stadtratspräsident** dankt Marco "Güsche" Gurtner und weist darauf hin, dass er im Verlaufe des Stadtrats-Schlussabends noch zwei Intermezzi geben wird. Er kommt zu seiner Abschlussrede. Für sein Amtsjahr hat er sich ein Mehr an «zusammen» gewünscht. Sei es mehr Zusammenhalt, mehr Empathie oder mehr Solidarität. In den Stadtratsprotokollen hat er nachgelesen, ob sein Wunsch gefruchtet hat. Im Januar hat Stadtrat Peter Aegerter im Rahmen des ESAF-Kredites von «zusammen» gesprochen, und zwar insofern als dass der Anlass zur Förderung des Zusammenhalts beitrage. In der Juni-Sitzung wurde erstmals das Wort "zusammen" protokolliert. Dies im Rahmen des Votums von Gemeinderat Reto Schertenleib «alles hängt zusammen und bedingt einander» im Kontext mit dem Postulat betreffend Veloverkehr am Aarequai. Stadtrat Jonas Baumann hat ebenfalls von «zusammen» gesprochen, jedoch im Zusammenhang von Massnahmen, die mit der Sanierung und Neueröffnung Seestrasse zusammen eingeleitet werden sollen. In der Septembersitzung hat Stadtrat Jonas Baumann geäussert, dass seine Fraktion es gut findet, wenn die Stadt und Private «zusammen» ein solches Projekt wie den Stadtplatz anpacken. Stadtrat Reto Beutler hat in derselben Sitzung geäussert, dass eine moderne Ballsporthalle den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt. Wer nun denkt, bei zehn Sitzungen ist dies eine magere Ausbeute an «zusammen», dem geht es gleich wie ihm. Abgesehen davon, dass in den Protokollen nur der wesentliche Inhalt protokolliert wird, hat er den Eindruck, dass die Wörter und ihre Bedeutung im Rat präsenter sind. Gegenseitiger Respekt und Empathie für unterschiedliche Haltungen zeigen die gute Ratskultur in Thun und sollten auch in Zukunft standhaft bleiben. Gerade in Zeiten, in denen politisch heftiger diskutiert wird. Er wünscht sich, dass dieser Ratskultur Sorge getragen wird. Im vergangenen Jahr lag ihm besonders der Austausch mit jungen Menschen und die Förderung deren politischen Engagements besonders am Herzen. Ihre Stimmen und Ideen sind für die Zukunft der Stadt und die Demokratie entscheidend. Er hat überall erlebt, wie engagiert, kritisch und kreativ junge Menschen denken, sei es im Austausch mit dem JuPa am Tag der Demokratie oder im Jugendtreff. Dies bekräftigt seine Motivation, diesen jungen Menschen mehr Raum zu geben, damit sie Verantwortung übernehmen und mitgestalten können. Er hofft, dies wird bei der Zusammenstellung der Stadtratslisten bei den kommenden Gemeindewahlen berücksichtigt. Die Women's EURO war zweifelsohne ein Höhepunkt in diesem Jahr. Ein Fest von Sport, Begegnung und Gleichstellung. Auf und neben dem Spielfeld hat der Anlass grosse Begeisterung ausgelöst. Es war spürbar, was ein Mehr an Zusammen bedeutet, nämlich Leidenschaft, Fairness und Teamgeist. Die vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer, die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung und die Bevölkerung haben gezeigt, was möglich ist, wenn alle an einem Strang ziehen. An einem Strang ziehen heisst auch das Credo zur Erreichung der Netto-Null Ziele und der Energiewende. Er verweist auf die Solarvignette, die alle vor sich liegen haben. Diese ist von Solafrica, einer NGO mit dem Ziel, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit unter einen Hut zu bringen. Mit dem Kauf einer Vignette wird ein Teil des Baus einer Schweizer PV-Anlage finanziert, die dem Jahresverbrauch des jeweiligen Geräts entspricht. So konnte auch auf dem Hotel Rothorn eine PV-Anlage mitfinanziert werden. Der Erlös von dem Solarstrom fliesst wiederum direkt an Solarprojekte in Ländern auf dem Afrikanischen Kontinent. Er schenkt allen eine Vignette fürs Handy und würde sich freuen, wenn von dem tollen Projekt weitererzählt wird. Es eignet sich auch gut als last-minute Weihnachtsgeschenk. Dem Stadtratssekretär schenkt er zum Dank für die wertvolle Unterstützung eine Vignette für den Laptop und eine

Solar-Schokolade. Diese zur Beruhigung der Nerven. Er hofft, diese nicht allzu sehr beansprucht zu haben. Dank dem Stadtratssekretär hat er sich immer gut vorbereitet gefühlt und war sicher, bei Unsicherheiten während der Sitzung die richtige Lösung eingeflüstert zu bekommen. Zum Schluss dankt er allen für das entgegengebrachte Vertrauen und die Unterstützung, die er während seines Amtsjahres zu spüren bekam. Es war ihm eine Freude und Ehre, den Rat ein Jahr lang leiten und in der Öffentlichkeit vertreten zu dürfen. Er wünscht allen frohe Festtage und einen guten Start ins neue Jahr. Er schliesst die Sitzung um 19.00 Uhr und lädt im Namen des Gemeinderats zum Apéro im Foyer und zum anschliessenden Nachtessen in der Rathaushalle ein.

### Eingänge

- Postulat P 28/2025 betreffend Ampelanlage für den Busverkehr in Goldiwil, ab Hintermatt Hausnummer 15, auf der Strecke bis zum Bereich zur Bushaltestelle Multenegg; Sonja Graf (SVP)
- Postulat P 29/2025 betreffend einer Wirtschaftsstrategie für die Stadt Thun; Thomas Lanz (Grüne), Fraktion Grüne, Michael McGarty (gip)
- Postulat P 30/2025 betreffend Stärkung und Weiterentwicklung des Bildungsstandorts Thun; Thomas Lanz (Grüne), Fraktion Grüne
- Postulat P 31/2025 betreffend Die Stadt Thun braucht ein Stadttaubenkonzept; Franziska Eggenberg (EDU), Simon Badertscher (EVP), Fraktion GLP/EVP/EDU, Fraktion SP
- Postulat P 32/2025 betreffend Senkung der Kosten für die Mahlzeiten in Tagesschulen für Eltern mit niedrigem Einkommen; Manon Jaccard-D9Avola (SP), SP-Fraktion
- Interpellation I 27/2025 betreffend einsehbare Priorisierung von Projekten; Matthias Zellweger (Parteilos)
- Interpellation I 28/2025 betreffend der Berichterstattung zur Umsetzung des Mobilitätsreglements der Stadt Thun; Thomas Lanz (Grüne), Michelle Marbach (Grüne), Fraktion Grüne
- Interpellation I 29/2025 betreffend Projektbericht UEFA WEURO 2025; Fraktion SVP
- Interpellation I 30/2025 betreffend Attraktivere Spielplätze für unsere Kinder; Manon Jaccard (SP), Nina Siegenthaler (SP), Martin Allemann (SP), Marianna Oesch-Bartlome (SP)
- Interpellation I 31/2025 betreffend einem Rauchverbot auf öffentlichen Spielplätzen in der Stadt Thun; Simon Badertscher (EVP), Fraktion GLP/EVP/EDU
- Interpellation I 32/2025 betreffend Nutzung von Gebieten zur Wirtschaftsförderung, Mark van Wijk (FDP), Fraktion FDP/Die Mitte

Der Stadtratspräsident



Thomas Lanz

Der Stadtratssekretär



Christoph Stalder